

Vermietung an „Geflüchtete“ nur für Geld und Anerkennung



Als barmherziger Samariter zur Weihnachtszeit feiert sich der Verband der Hauseigentümer, weil er half, bei seinen Mitgliedern Wohnraum für „Flüchtlinge“ zu mobilisieren. Bekanntlich wird der ja gerade in Groß- und Universitätsstädten besonders nachgefragt, weil sich die Refugees dort entweder den meisten Schutz vor „Assads Fassbomben“ versprechen oder bessere Arbeitsmöglichkeiten als Arzt oder Ingenieur.

In einer sozialistisch dominierten Gesellschaft muss auch ein Kapitalistenverein wie der „Haus & Grund Deutschland – Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.“ für gute Stimmung sorgen, also Lobbyarbeit betreiben. Und wenn man was für „Flüchtlinge“ macht, kann man sicher sein, selbst bei den regierenden Sozialisten Pluspunkte zu sammeln.

Das weiß der genannte Verband und deshalb will er sich seinen Teil einer Erfolgsgeschichte auf die Fahnen schreiben, denn schließlich haben ja seine Mitglieder mit dafür gesorgt, dass „Flüchtlinge“ nicht mehr in Sammelunterkünften darben müssen. Ein grausames Schicksal, wie wir aus PI-NEWS wissen.

Was haben sie also gemacht? Sie haben Garagen geräumt und Keller getrocknet, Böden hergerichtet, das Gästezimmer vom Muff befreit, um an die sicheren Mietzahlungen der Gemeinden zu kommen. Die *Norddeutsche Hausbesitzer Zeitung* (für Haus-

und Grund- Mitglieder) beschreibt in ihrer Druckausgabe vom 19. Dezember 2017 das edle Gebaren mit Bezug auf eine Studie so:

Die Fallstudien in zehn beispielhaft ausgewählten deutschen Kommunen dokumentieren, dass viele Flüchtlinge gerade in Groß- und Universitätsstädten über lange Zeiträume in Not- und Gemeinschaftsunterkünften leben, da preisgünstige Wohnungen fehlten und die Leerstandsreserven weitgehend aufgebraucht seien. [...]

„Die Schwierigkeiten bei der Wohnraumversorgung wären jedoch noch größer, würden Flüchtlinge nicht von der Initiative privater Eigentümer profitieren“, so die Autoren der Studie. „Viele private Eigentümer haben ungenutzten Wohnraum in unterschiedlichen Wohnlagen und von unterschiedlicher Qualität aktiviert, um Geflüchtete zu unterstützen. Sie vermieten diesen teilweise unter dem ortsüblichen Mietniveau.“

Das ließe sich aber noch optimieren, meint der Verband der Wohnungseigentümer. Indem zum Beispiel Blogwarte der Kommunen nicht nur ein Auge darauf haben, dass Vermieter ihre Wohnungen an „Geflüchtete“ vermieten, sondern auch dafür sorgen, dass den Vermietern die Ängste vor einer totalen Verwüstung ihres Eigentums genommen werden, die sie bei aller Euphorie und aller Anteilnahme für die „Geflüchteten“, und trotz aller linksgrüner Propaganda, so gegen alle Vernunft, immer noch nicht so wirklich ganz losgeworden sind Die Hausbesitzer-Zeitung umschreibt es so:

Das Motiv der Vermieter sei oft kein vordergründig ökonomisches, sondern sie wollten mit der Vermietung einen Beitrag zur Unterstützung von Geflüchteten leisten. Damit haben Geflüchtete von nicht zu erwartenden Marktzugängen profitiert. Dies gelte es zu stärken.

Als einen Weg dazu schlägt das Institut vor, Kommunen sollten Ansprechpersonen zur Verfügung stellen, welche dann in administrativen Belangen vermitteln und gegebenenfalls Sprachbarrieren überbrücken könne.

Daneben könnten sie auch „vermitteln“, dass die Kommune nicht nur für die Miete und die Nebenkosten gerade steht, sondern auch noch für alle Folgekosten aufkommen wird, die neben der Renovierung bei Auszug dereinst zu tragen sein werden. Bei allen schönen Worten weiß der Interessenverband „Haus und Grund Schleswig-Holstein“, was seine Mitglieder von ihm erwarten und was er ihnen schuldig ist.

Kontakt:

Haus & Grund Schleswig-Holstein
– Verband Schleswig-Holsteinischer Haus-, Wohnungs- und
Grundeigentümer e. V. –
Stresemannplatz 4
24103 Kiel
Tel.: (0431) 6636110
info@haus-und-grund-sh.de

(Spürnase: Sy)